

Mobbing: «Ja, die sozialen Medien spielen heute eine grosse Rolle»

Von Timo Züst

Vergangene Woche nahm der Uzwiler Schulratspräsident Daniel Wyder in den WN Stellung zu den Mobbingfällen. Er verwies dabei auch auf die Kriseninterventionsgruppe (KIG) des SPD. Sie kommt zum Zug, wenn es ernst wird. Die WN haben die KIG-Leiterin Esther Luder zu Mobbing befragt.

Region Sie leiten die Kriseninterventionsgruppe des Schulpsychologischen Dienstes (SPD) St.Gallen. Was genau ist Ihre Aufgabe?

Wir unterstützen die Schulen im Kanton St. Gallen in anspruchsvollen, schwierigen und krisenhaften Situationen. Unsere Hauptthemenfelder sind neben den Notfallpsychologischen Einsätzen, Konfliktbearbeitungen und Gewaltthemen (Bedrohungen, Medienmissbrauch, Mobbing etc.) sowie die Unterstützung bei schwierigen oder entgleitenden Klassensituationen. Die Kriseninterventionsgruppe ist ein Unterstützungsangebot für Schulen, Eltern können uns nicht direkt kontaktieren. Sie können sich jedoch an die zuständige Regionalstelle des SPD wenden und ein Gespräch vereinbaren.

Notfälle können jederzeit passieren. Ist Ihr Team immer erreichbar?

Wir sind über unsere Pikett-Nr. rund um die Uhr (24 Std.) während 365 Tagen erreichbar. In Notfallsituationen unterbrechen wir allenfalls auch einen anderen Einsatz, wenn dies nötig ist.

Was genau macht die KIG in einem Mobbingfall?

Falls sich wirklich um Mobbing handelt, sind folgende Massnahmen zentral: Eine klare Anti-Gewalt-Haltung seitens der Erwachsenen; die Mobbingdynamik benennen, klar und eindeutig kommunizieren, was nicht toleriert wird und korrektes Verhalten einfordern; das Mobbingopfer und die Mobbenden begleiten und coachen; Eltern, Team und mögliche andere Personenkreise informieren und für das Geschehen sensibilisieren; das Schweigen der «Unbeteiligten» in der Gruppe ansprechen, sie in ihrer positiven Haltung bestärken und ermutigen, sich für ihre Anliegen und den Schutz des Opfers einzusetzen. Regelmässig und über längere Zeit die Zielerreichung und Befindlichkeit der Hauptbetroffenen überprüfen.

Kann es aufgrund eines Mobbingfalls auch zu einer Umversetzung einer Schülerin / eines Schülers kommen?

Wenn diese Massnahme im entsprechenden Fall für die Beendigung einer Mobbingdynamik nötig ist und alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft wurden, könnte ein Klassenwechsel ein Thema sein. Dies kommt jedoch sehr selten vor.

Gab es auch schon Situationen, in denen die KIG weitere externe Hilfe beiziehen musste?

Bei Bedrohungen oder bei Gewaltvorfällen arbeiten wir immer wieder mit der Polizei oder auch der Jugendanwaltschaft zusammen. Diese Zusammenarbeit ist sehr gut geregelt. Mit dem KJPD oder nieder-



Laut einer aktuellen PISA-Studie wird jeder sechste Jugendliche gehänselt.

folia

gelassenen Psychiater/innen ergibt sich insbesondere bei Jugendlichen mit psychischen Problemen oder bei Suizidalität eine Zusammenarbeit.

Aufgrund der Berichterstattung haben sich viele Eltern bei uns gemeldet. Sie vermuten, dass auch ihr Kind gemobbt wird. Was können Eltern in so einem Fall unternehmen?

Diese Frage beantworte ich allgemein. In erster Linie sollen Eltern, die sich Sorgen machen mit der Klassenlehrperson Kontakt aufnehmen und ihre Beobachtungen schildern. Auch die Angebote der Schulsozialarbeit können Eltern von sich aus nutzen. Wichtig ist, dass Eltern offen sind für eine fundierte Situa-

tionseinschätzung und auch bereit sind, sich von ihrer Vermutung eines Mobbing zu distanzieren, falls eine andere Thematik hinter dem Geschehen steht. Eltern sind verständlicherweise emotional sehr betroffen, wenn es ihrem Kind nicht gut geht. Nicht hilfreich ist es jedoch, direkt auf andere Kinder zuzugehen oder andere Eltern zu beschuldigen. Solche «Aktionen» verschlimmern die Situation für das betroffene Kind in der Regel. Eltern sollen ihr Vorgehen unbedingt mit der Schule oder einer Fachstelle absprechen.

Die Schule Uzwil hat sich mit einem Rundschreiben an die Eltern gewandt – befürworten Sie das?

Ganz allgemein lässt sich sagen, dass Rundschreiben an die Elternschaft in gewissen Situationen Sinn machen.

Wie häufig ist Mobbing an Schweizer Schulen eigentlich?

In der kürzlich erschienen PISA Studie gab jeder Sechste der befragten Jugendlichen an, mehrfach im Monat gehänselt, geschlagen oder ausgestossen zu werden. Die Fallzahlen der KIG im Bereich Mobbing haben sich über die letzten zehn Jahre auf 10 bis 15 Fälle pro Jahr eingependelt, wobei es sich dabei um hocheskalierte Fälle handelt.

Stimmt es, dass die sozialen Medien das Mobbing fördern bzw. intensivieren?

Ja, die sozialen Medien spielen heute leider in vielen Mobbing Situationen eine grosse Rolle. Sie ermöglichen es jemanden, jederzeit zu attackieren und dies einem grossen Personenkreis öffentlich zu machen.

Was müssen Eltern im Umgang mit diesen Medien beachten?

Grundsätzlich sollen Eltern mit ihren Kindern den Umgang mit den digitalen Medien immer wieder thematisieren, sich gemeinsam über die Möglichkeiten, Gefahren und Risiken informieren und verbindliche Regeln vereinbaren. Eltern sollen wissen, wann sich Jugendliche bezüglich den neuen Medien strafbar machen und die Inhalte auf den Smartphones & Co. immer mal zusammen mit den Jugendlichen überprüfen. Es gibt inzwischen im Internet gutes Informationsmaterial zum Thema Medienkompetenz.

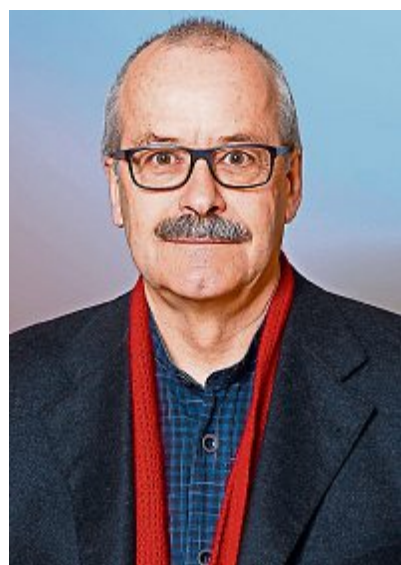
Der nächste Reformversuch: Braucht die AHV ein Ja oder ein Nein?

Von Timo Züst

Am 24. September stimmt die Schweiz über drei Vorlagen ab. Am intensivsten diskutiert wird die AHV-Reform. Die WN haben zwei Politikerinnen nach ihrer Meinung gefragt.

Region Die Altersvorsorge 2020 benötigt am 24. September zwei Ja, um Realität zu werden. Die erste Frage beschäftigt sich mit der «Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer». Konkret soll der MWST-Normalsatz in einem ersten Schritt um 0,3 Prozentpunkte und jeder für Beherbergungsleistungen um 0,1 Prozentpunkte angehoben werden. Und: In der Bundesverfassung wird bei einem Ja vermerkt, dass die MWST in Zukunft maximal um 0,6 Prozentpunkte erhöht werden darf. Die Mehreinnahmen kommen der AHV zugute. Dazu kommt die zweite Vorlage, die Reform der AHV. Damit sollen die finanzielle Probleme der AHV angegangen werden. Den Kern bilden die Erhöhung des Rentenalters der Frauen von 64 auf 65 Jahren, die Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6 Prozent, eine Erhöhung der Renten ab 2019 um 70 Franken (Ehepaare +226 Franken) und eine Erhöhung der Lohnbeiträge ab 2021 um 0,15 Prozent.

Pro: Ja zur Altersvorsorge 2020



Der Flawiler Peter Hartmann ist Präsident der SP-Fraktion im St. Galler Kantonsrat. Er spricht sich für eine Annahme der AHV Reform aus.

Unsere AHV gehört zur Schweiz wie die Berge: Während unseres Erwerbslebens zahlen wir ein und finanzieren so die Renten der Pensionierten.

Seit 1948 zahlen die Jungen im Wissen, dass auch sie eine Rente erhalten werden. In den nächsten Jahren kommen die Babyboomer

ins AHV-Alter und belasten die AHV stark. Mit der Reform der Altersvorsorge werden die notwendigen Massnahmen für eine Zusatzfinanzierung eingeführt. Daneben wird das Frauenrentenalter auf 65 erhöht. Dies sichert die AHV über 2030 hinaus.

Die Reform der Altersvorsorge betrifft auch die zweite Säule. Hier soll der Umwandlungssatz gesenkt werden. Dies bedeutet weniger Rente. Damit diese Massnahmen von der Bevölkerung akzeptiert werden, braucht es einen Ausgleich. Verschiedene kleine Massnahmen erhöhen den Schutz älterer Arbeitnehmenden bei einem Stellenverlust und die Flexibilität des Rentenalters. Die Senkung des Koordinationsabzugs ermöglicht vielen erwerbstätigen Frauen den Einstieg in eine Pensionskasse. Mit dem Zuschlag von 70 Franken monatlich aus der sicheren AHV werden Ausfälle in der beruflichen Vorsorge aufgefangen.

Das Gesamtpaket stellt einen vernünftigen Kompromiss dar und Kompromisse gehören zur Schweiz wie die AHV! Mit zweimal Ja sichern wir gemeinsam unsere Renten.

Kontra: Renten sichern statt ausbauen



Die Oberbüerer Bruno Dudli ist Präsident der SVP Kreispartei Wil. Er sitzt im Kantonsrat und setzt sich für ein Nein zur AHV Reform 2020 ein.

z.V.g.

Die demografische Entwicklung drängt Änderungen in der Altersvorsorge auf. Es stehen drei Handlungsoptionen offen: Tiefere Leistungen, höhere Beitragszahlungen, längere Beitragsperioden oder ein Mix davon. Die Abstimmungsvorlage nimmt die Lösungsansätze leider nur teilweise ernst und führt die AHV in einen Teufels-

kreislauf, statt sie zu sichern. Das strukturelle Problem wird nicht gelöst, sondern auf die lange Bank geschoben. Die geplante Reform verursacht Mehrkosten von jährlich rund 5 ½ Milliarden Franken, welche unter anderem mittels höherer Lohnabzüge von den Erwerbstätigen und Arbeitgebern sowie mittels höherer Mehrwertsteuer durch Jung und Alt zu tragen sind. Letztlich bleibt allen weniger im Portemonnaie, auch den Rentnern. Mit der gegenständlichen Reform würde sich das Finanzierungsproblem zusätzlich verschärfen. Ab 2035 fehlen 7 Milliarden Franken pro Jahr. Die grundsätzlichen Probleme der Altersvorsorge bleiben trotz Reform bestehen, werden gar akzentuiert. Statt die Renten auf heutigem Niveau nachhaltig zu sichern und die Finanzierung zu stabilisieren, werden scheinbar weitere drastische Finanzzuschüsse zur Sicherung der AHV notwendig sein. Letztlich erhöht diese Scheinreform den Druck auf das Rentenalter und weitere Steuererhöhungen. Ein zweifaches Nein macht den Weg frei für eine echte Reform zur nachhaltigen Sicherung unserer Altersvorsorge.